

Lichtenstein-Coburger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtenblatt

Tageblatt für Pohndorf, Ködlig, Bernsdorf, Müsdorf, St. Egidien, Heinrichsdorf, Marienau, Neudorf, Ortmannsdorf, Müllen St. Nicola, St. Jacob, St. Nikola, Stangendorf, Thurm, Niedermüllen, Kubichnappel und Lirchheim

Amtsblatt für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein

Älteste Zeitung im königlichen Amtsgerichtsbezirk

Nr 210

Verbreitete Zeitung im Amtsgerichtsbezirk

59. Jahrgang
Freitag, den 10. September

Haupt-Vertriebsorgan im Amtsgerichtsbezirk

1909

Dieses Blatt erscheint täglich außer Sonn- und Festtagen nachmittags für den folgenden Tag. — Vierteljährlicher Abonnementspreis: 1 Mk. 50 Pfg., durch die Post bezogen 1 Mk. 75 Pfg. — Einzelhefte 10 Pfg. — Bestellungen nehmen außer der Expedition in Lichtenstein, Buchhandlung Nr. 55, als Kaiserliche Postanstalt, Postboten, sowie die Anträge entgegen. — Inserate werden die fünfspaltige Grundzeile mit 10, für auswärtige Referenzen mit 15 Pfg. berechnet. — Kleinanzeigen 30 Pfg. — Im amtlichen Teile heißt die zweispaltige Zeile 30 Pfg. — Anzeigen-Preis Nr. 7. — Inseraten-Angebote täglich bis Spätkosten vormittags 10 Uhr.

Bekanntmachung.

Unsere Bekanntmachung vom 23. Mai 1908, die kinematographischen Vorstellungen betr., wird hiermit aufgehoben. An ihre Stelle treten folgende Bestimmungen:

1. Die Veranstalter öffentlicher kinematographischer Schaustellungen dürfen Kinder unter 14 Jahren nur bis abends 7 Uhr in Vorstellungen zulassen. Bei der Auswahl der bis zu diesem Zeitpunkt zur Vorführung kommenden Bilder ist auf die Möglichkeit der Anwesenheit von Kindern gebührend Rücksicht zu nehmen.
2. Die Veranstalter haben alle Bilder, die vorgeführt werden sollen, unter Angabe ihres Titels, etwaiger Untertitel oder, wo solche nicht vorhanden, einer kurzen Inhaltsangabe und der Fabriknummer des Film sofort nach Eintreffen bei uns zur Prüfung anzumelden.
3. Die Vorführung unangemeldeter Bilder ist verboten. Ausnahmen sind hinsichtlich geographischer, landschaftlicher, ethnographischer und technischer Bilder nur dann zulässig, wenn eine Anmeldung bei uns nicht mehr möglich ist.

4. Jede Art öffentlicher Anführung, die schlüpfrige Darstellungen in Aussicht stellt (z. B. „Nur für Herren“, „Kabarett“ oder „Spezialvorstellung nur für Erwachsene“) ist unstatthaft.
5. Zuwiderhandlungen gegen vorstehende Bestimmungen werden mit Geldstrafe bis zu 14 Mark oder Haftstrafe bis zu 14 Tagen geahndet werden.

Lichtenstein, am 12. August 1909.

Der Stadtrat. Bekanntmachung.

Beim Herannahen der längeren Abende und kühleren Jahreszeit empfehlen wir das zur gefälligen Abnahme zu Leucht-, Heiz- und sonstigen Zwecken. Wir richten daher an Interessenten im Bereiche unseres Zeitungsbereiches die Bitte, etwaige Wünsche, Neu-Anschlüsse betr., vor Ablauf dieses Monats im Bureau unserer Gasanstalt gefälligst zur Kenntnis zu bringen, da eine Zuleitung nach Eintritt der Frostperiode nicht mehr bewirkt werden kann.

Lichtenstein, am 2. September 1909.

Die Verwaltung der städtischen Gasanstalt.
Rung.

Das Wichtigste.

* Kaiser Wilhelm ist zur Teilnahme an den Manövern der österreichischen Armee in Jolau in Mähren eingetroffen.

* Regio ist abermals von einer furchtbaren Hochwasser-Katastrophe heimgesucht worden. Die reichen Petroleumfelder wurden überschwemmt.

* Der Kronprinz von Griechenland hat sich zum Besuche der Kronprinzessin nach Cronberg begeben.

* Die Dekrete, wodurch der Kronprinz und Prinz Nikolaus von Griechenland zur Disposition gestellt werden, sind am Mittwoch veröffentlicht worden.

* Cool hat sich erboten, die wissenschaftlichen Ergebnisse seiner Expedition der philosophischen Fakultät der kopenhagener Universität zur Prüfung vorzulegen.

* Die spanischen Truppen unter General Quiroga setzen den Vormarsch gegen die Rifflure fort. Zahlreiche Unterwerfungen von Kabulen werden aus der Gegend von Capdeleon und Rulay Ali Scheriff gemeldet.

Eine Mahnung zur Besonnenheit.

In der Leipziger Zeitung lesen wir folgende bemerkenswerte Ausführungen:

Die Landtagswahlen stehen vor der Tür. Zum ersten Male sollen sie nach einem neuen Wahlrecht vor sich gehen, das in seinen Wirkungen noch nicht erprobt ist. Es ist begreiflich, daß jede Partei bestrebt ist, diese Wahl zu einer Kraftprobe zu benutzen. Ein Kampf aller gegen alle scheint die unvermeidliche Folge. Und doch so ausichtslos es sein muß, den Kämpfenden in die Arme zu fallen, so notwendig ist doch immer wieder die Mahnung zur Besonnenheit. Mühen doch alle ersten Vaterlandsfreunde mit wachsender Sorge die zunehmende Schärfe im Kampfe der staatsverhaltenden Parteien beobachten. Man möchte den Streitern zurufen: Bildet Ihr Euch wirklich ein, nach Vernichtung Eures konservativen, Eures liberalen Gegners mit der Sozialdemokratie allein fertig zu werden? Seht Ihr nicht, wie die Sozialdemokratie als lachender Dritter daneben steht, sich die Hände reibt und in das Feuer bläst? Wo soll das hinführen? Konservativ und Liberaler sollten endlich einsehen, daß es ihre Pflicht ist, eine Verständigung zu suchen. Der Staat kann weder den konservativen, noch den liberalen Gedanken entbehren. Auf dem alten geschichtlich gegebenen Grunde der Väter sollen die Söhne weiter bauen. An dem bewährten Alten mit Treue festhalten, und neuen Aufgaben mit offenem Auge entgegengehen, sie mutig angreifen, das bleibt stets die einsig richtige Lösung.

Will man das tun, so soll man vorwärts blicken auf die Aufgaben, die jedes neue Jahr uns in Fülle bringt. Hier gilt es keine Zeit zu verlieren. Wer im Automobil fahren will und sich immerfort schimpfend rückwärts umsieht aus Aerger über einen Knäuel, der ihm in den Weg geworfen worden ist, der wird

balb Weg und Steuerung verlieren. Das untrüchtere retrospektive Rationieren über Dinge, die nun einmal nicht mehr zu ändern sind, verbraucht die Kräfte und stumpft den Geist ab. Die nervöse Aufregung der Volksmassen ohne ein bestimmtes festes Ziel muß in den Massen mühevollgütige Abspannung, Ekel und Ermüdung erzeugen, eine Reaktion, die in dem einzelnen alle Freude am Vaterlande erstickt und alle patriotische Laune lähmt. Ein Volk kann und läßt sich auf die Dauer nicht mit bloßer Regation füttern. Wenn die staatsverhaltenden Parteien bei ihren kritischen Betrachtungen der politischen Situation nicht in der Lage sind, dem Volke zu zeigen, wo die Aufgaben der nächsten Zukunft liegen, so wird es sich, enttäuscht, den Phantasieereien der Sozialdemokratie zuwenden. Unser Staatsleben hat aber tatsächlich eine Fülle der Aufgaben. Die Gemeindeverwaltung, die Schule, die Förderung von Industrie und Landwirtschaft, das Armenwesen schließt sie in sich. An diesen Aufgaben müssen sich die großen politischen Gegenseite erproben, hier sollen die Konservativen und Liberalen einmal zeigen, was ihre Programme wert sind. Mag sich dabei auch ihre Kritik gegen die Regierung wenden. Die Regierung braucht sich nicht vor solcher Kritik zu fürchten. Im Gegenteil, sie braucht sie, um selber daran zu lernen.

Also nicht rückwärts, sondern vorwärts schauen, nicht rasonieren, sondern besser machen. Vor allem aber sachlich arbeiten. Das ist, was uns not tut.

Deutsches Reich.

Dresden. König Friedrich August ist gestern mittag zum Besuche des kaiserlich-hohenzollernschen Hofes in Sigmaringen eingetroffen. Abends beabsichtigte der König sich von dort nach Friedrichshafen zu begeben, wo er voraussichtlich heute vormittag als Fahrgast an einem Anstiege des „Leipzig“ teilnehmen wird.

— (Zur Frage der Ausdehnung auch derjenigen Steuerbefreiungen vom Wahlrecht, deren Steuerstände bereits verjährt sind, weis die Sachliche Korrespondenz zu berichten:

„Uebrigens liegt auch ein Urteil des Oberverwaltungsgerichts vom Jahre 1907 vor, daß bei verjährt Steuern von rückständigen Steuern keine Rede sein kann.“

Die sozialdemokratische Dresdener Volkszeitung bemerkt nicht zu Unrecht:

„Schwere Verbrechen, wie Diebstahl, Einbruch, Urkundenfälschung, ja selbst Hochverrat unter gewissen Umständen verjähren nach 5 bis 10 Jahren, der sächsische Landtagswähler soll aber nach 15 Jahren dafür büßen, daß er einmal in Not gewesen ist. Dem reichen Steuerhinterzähler, der Staat und Gemeinde aus gewinnfüchtigen Absichten um viele Tausende geprellt hat, dem läßt man sein Wahlrecht auch dann, wenn ihm seine Verbrechen nachgewiesen sind.“

Die Regierung wird nicht umhin können, den von ihr zur Zeit eingenommenen Standpunkt entweder vor der Öffentlichkeit zu begründen oder zu revidieren. Auf jeden Fall ist zu wünschen, daß die Prüfung etwaiger Steuerrechte nicht an einem Orte nur auf 3 und am andern auf 15 oder noch mehr Jahre zurückgreife.

Berlin. Als eine „berbe Leistung für die Reichsfinanzreform“ bezeichnet das Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei den Ausfall der Reichstagswahl in Stollberg-Schneeberg. Einem Zuwachs von mehr als 2000 Stimmen auf sozialdemokratischer Seite steht ein Verlust von über 5000 bürgerlichen Stimmen gegenüber, und dies, obwohl die bürgerlichen Parteien äußerlich in voller Einmütigkeit den Wahlsampf durchwachten. Von 37500 Wahlberechtigten hielten sich aber etwa 7000 Wähler von der Urne fern. Und es konnte außerdem nicht ausbleiben, daß die heftigsten Kämpfe um die Finanzreform, in denen die bürgerlichen Parteien nach wie vor begriffen sind, ihre Schlagfertigkeit dem einheitlich und entschlossen auftretenden Gegner gegenüber erheblich beeinträchtigt. In Sachsen stehen überdies die Landtagswahlen auf Grund des neuen Vorkaststimmrechtes bevor, und die Liberalen haben bereits auf der ganzen Linie den Feldzug gegen die konservativere Vorherrschaft im Landtage eröffnet. So wirkte die politische Situation im Reich mit derjenigen im Königreich Sachsen zusammen um der äusseren Linken wieder einer billigen Triumph zu verschaffen. Nach dem Siege in Neukadt-Landau bereits der zweite Fall! Wenn die innerpolitische Entwicklung auf dieser Bahn nicht fortzuschreiten soll, werden die bürgerlichen Parteien gut daran tun, den Streit um die Reichsfinanzreform endlich ruhen zu lassen. Von dem Wachsen des Indifferentismus, der auch durch die scharfe Befehdung der nationalen Parteien untereinander nur wenig bekämpft, vielfach aber geradezu gefördert wird, profitiert am meisten die Sozialdemokratie. Das wissen wir in Sachsen aus der Zeit vor den Blockwahlen nur zu genau und wir sollten es uns für die kommenden Landtagswahlen immer vor Augen halten.

— (Der Fall Schack.) Die Landesgeschäftsstelle Leipzig des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes teilt uns auf unsere Anfrage hin mit, daß der bisherige erste Verbandsvorsitzende Schack in einem an die Verwaltung des Verbandes gerichteten Schreiben um Enthebung von der Leitung der Geschäfte bis zur gerichtlichen Klärung der Angelegenheit ersucht habe. Die Verwaltung hat diesem Ansuchen stattgegeben. Tamir ist das geschehen, was man in anberaucht der Sachlage unbedingt erwarten mußte. Es ging, wie wir schon gestern hervorgehoben, nicht an, daß eine Persönlichkeit, die einer so schmutzigen Handlungsweise verdächtig wurde, wie es bei Herrn Schack der Fall ist, ein Ehrenamt bekleidet, das sie in die erste Reihe der Öffentlichkeit stellt. Man wird jetzt abwarten müssen, ob und in wie weit es Herrn Schack gelingen wird, sich von der gegen ihn